

von Andreas Kneubühler

Seit eineinhalb Jahren läuft im Kanton St.Gallen die Diskussion über die künftige Spitalstrategie. Den Startschuss feuerte der Verwaltungsrat der Spitalverbunde im Mai 2018 ab, als er ein Grobkonzept vorstellte, das nur noch von vier statt wie bisher neun St.Galler Spitälern ausging.

Seither wehren sich Gemeinden der von einer Schliessung betroffenen fünf Standorte, so auch Walenstadt. Sie heuerten eigene Expertinnen und Experten an, die Alternativkonzepte ausarbeiteten. Auch die anderen Gremien setzten auf Spezialisten ausserhalb der Organisationen: Der Verwaltungsrat der Spitalverbunde vergab einen umfassenden Auftrag an die Beratungsfirma PwC (PricewaterhouseCooper), die St.Galler Regierung bestellte einen Bericht beim Wirtschaftsprüfungs- und Beratungsunternehmen KPMG.

Eineinhalb Jahre bis zum Vorschlag

Rund eineinhalb Jahre nach dem Knall des Verwaltungsrats stellte die St.Galler Regierung am 23. Oktober dieses Jahres ihren Vorschlag für die künftige Spitalstrategie vor. Kurz zusammengefasst: Die fünf Landspitäler in Altstätten, Flawil, Rorschach, Walenstadt und Wattwil sollen geschlossen werden. An diesen Standorten soll es noch Gesundheits- und Notfallzentren mit einigen Betten geben.

Nach der Präsentation des Vorschlags folgte die Vernehmlassung, die bis zum 20. Dezember dauerte. Anschliessend wird die Regierung die Reaktionen auswerten und die Spitalstrategie aufgrund der Stellungnahmen allenfalls anpassen. Daraus entsteht dann bis Ende kommenden Februar eine Vorlage, über die schliesslich das Parlament entscheiden wird.

Kein neues Politpersonal

Wer für die Entscheidung über die Zukunft der Spitäler auf ein neu zusammengesetztes Kantonsparlament oder auf eine personell veränderte Regierung gehofft hat, wird enttäuscht: Die Wahlen finden zwar bereits am 8. März statt. Doch die Entscheide fallen noch mit der aktuellen politischen Besetzung in der laufenden Legislatur. Diese dauert bis Ende Mai. Geplant ist die erste Lesung der Spitalstrategie in der



Acht lange Jahre: 2028 soll das Spital Walenstadt auf Wunsch der Regierung ein Gesundheits- und Notfallzentrum sein. Bild Gianluca Volpe

«4plus5»: Zeit der Entscheidungen naht

Nach einer langen Vorlaufzeit stehen nun in den ersten fünf Monaten 2020 die Entscheidungen über die Zukunft der St.Galler Spitäler an. Sie fallen im Kantonsrat. Teilweise müssen sie danach aber noch an der Urne bestätigt werden.

Aprilsession und die zweite Lesung in einer als «Aufräumungssession» betitelten Parlaments Sitzung vom Montag, 18. Mai.

Der Kantonsrat muss eine ganze Reihe von Beschlüssen fällen. So sind im Gesetz die Standorte der Spitäler namentlich aufgezählt, gibt es Änderungen, muss das Parlament dem zustimmen. Auch die früheren Beschlüsse zur Erneuerung und Erweiterung der Spitäler Altstätten und Wattwil müssen korrigiert werden – immer gesetzt den Fall, die Schliessung von fünf Landspitälern findet eine Mehrheit. Weiter braucht es eine gesetzliche Grundlage für die geplanten Gesundheits- und Notfallzentren.

Volksabstimmungen geplant

Nach dem Kantonsrat sind dann die Stimmbürgerinnen und Stimmbürger

an der Reihe. Bisher vorgesehen sind im Herbst oder Winter 2020 mindestens zwei Volksabstimmungen. Darin geht es zweimal um Finanzen: Zum einen unterstehen die von der Regierung geplanten Staatsbeiträge zur Finanzierung der Gesundheits- und Notfallzentren von jährlich 9,25 Millionen Franken dem obligatorischen Finanzreferendum.

Weiter braucht es für den zum Konzept gehörenden einmaligen Sanierungsbeitrag von 70 Millionen Franken für die Spitalregion Fürstentum-Toggenburg ein Ja an der Urne.

Wird Initiative überholt?

Bisher nur eine Nebenrolle spielt die Volksinitiative «Für eine sichere stationäre Notfallversorgung in allen Regionen im Kanton St.Gallen», lanciert aus SVP-Kreisen. Sie will im Gesetz fest-

schreiben, dass an allen bisherigen Spitalstandorten weiterhin Notfallzentren angeboten werden müssen. Der Vorschlag ist weitgehend identisch mit dem aktuellen Konzept der Regierung. Mit der Sammlung von 4000 Unterschriften wurde Ende November begonnen. Zeit dafür gibt es bis Ende März. Läuft alles wie geplant, stehen allerdings die Beschlüsse zur St.Galler Spitalpolitik fest – lange bevor die Initiative im Kantonsparlament behandelt wird.

Noch länger dauert es, bis die neue Spitalstrategie Realität ist: Mit ersten Massnahmen wird 2022 begonnen. Es wird dann aber 2028, bis im Kanton St.Gallen alle Anpassungen umgesetzt sind. Für Walenstadt etwa ist geplant, dass das dortige Spital erst in acht Jahren in ein Gesundheits- und Notfallzentrum umfunktioniert ist. (sda/sl)

Lösung über Grenzen der Kantone ist doch möglich

Was im Nordwesten der Schweiz geht, soll auch in der Ostschweiz möglich sein: Gemeinsame Spitallösungen.

von Hans Bärtsch

St.Gallen/Sarganserland. – Vielleicht ist es bloss Wunschdenken, vielleicht steckt doch mehr dahinter. Jedenfalls äusserten sich die Gesundheitsdirektoren der Kantone St.Gallen, Appenzell Inner- und Ausserrhoden kürzlich in einer Sendung von Tele Ostschweiz über die Möglichkeit kantonsübergreifender Spitalisten. Die St.Galler Regierungspräsidentin Heidi Hanselmann verwies in jener Sendung jedenfalls auf das Beispiel der Kantone Basel-Stadt und -Landschaft, wo das Volk einem Staatsvertrag für eine gemeinsame kantonsübergreifende Gesundheitsversorgung und damit einer gemeinsamen Spitalliste ab 2021 zugestimmt habe. «Das kann auch in der Ostschweiz möglich sein», sagte Hanselmann auf TVO, sekundiert von ihren Kollegen bei der Appenzell.

Eine gemeinsame Spitalliste würde bedeuten, dass Spitäler, die darauf stehen, die Behandlungskosten dem Wohnkanton der Patienten sowie deren Grundversicherung in Rechnung stellen dürfen. Die Kantone legen dabei fest, welche Leistungen wo angeboten und damit vergütet werden. Hanselmann relativierte ihre überraschende Ankündigung in der TVO-Sendung insofern, dass dies noch kein politischer Entscheid, sondern erst eine politisch-strategische Absicht sei.

Und im Süden des Kantons?

Käme eine solche kantonsübergreifende Spitalliste zustande, wäre es erst die zweite schweizweit. Hanselmann schloss nicht aus, auch den Thurgau mit einzubeziehen. Wenn man dies weiterdenkt, könnte ein solches Modell doch auch im südlichen Kantonsteil zur Anwendung gelangen. Die Stichworte lauten Chur, Vaduz und Glarus als nahegelegene Spitalstandorte in der Nachbarschaft des Sarganserlandes.

Heftige Kritik von Gemeinden und Parteien

Die Vernehmlassung zur neuen Spitalstrategie im Kanton St.Gallen ist abgeschlossen. Vonseiten der betroffenen Gemeinden hagelt es heftige Kritik, die Parteien fordern Anpassungen und eine überkantonale Spitalplanung.

von Nathalie Grand

St.Gallen/Sarganserland. – Die Strategie «4plus5» der St.Galler Regierung sei abzulehnen respektive zur Überarbeitung zurückzuweisen, schreiben die politischen Gemeinden und die Regionalparteien des Sarganserlandes in einer Medienmitteilung. Sie fordern stattdessen die Schaffung eines Med-plus-Spitals mit spezifischen Zusatzangeboten. Das Spital Walenstadt sei der zweitgrösste Arbeitgeber der Region (der «Sarganserländer» berichtete in den letzten drei Wochen ausführlich).

Stadt-Land-Konflikt

Ähnlich tönt es aus den anderen Regionen, die von Spitalschliessungen betroffen sein könnten. In der Region Toggenburg wird ein Versorgungsnotstand befürchtet. Die regionalen Bedürfnisse blieben unbeachtet. Der Stadtrat von Altstätten glaubt nicht, dass die Gesundheits- und Notfallzent-

ren langfristig überlebensfähig seien. Er vermutet, dass diese vielmehr als «Beruhigungsspielle» für die betroffenen Standorte wirken sollen. Der Stadtrat von Rorschach fordert anstelle eines Gesundheits- und Notfallzentrums ein ambulantes und stationäres medizinisches Basisangebot der allgemeinen und inneren Medizin. Dieses soll regionalspezifisch durch verschiedene Zusatzangebote ergänzt werden. Die Regierung mache es sich mit der Schliessung von fünf Landspitälern beziehungsweise mit deren Umwandlung in Gesundheits- und Notfallzentren viel zu einfach und verursache damit einen unnötigen Stadt-Land-Konflikt, schreibt die Gemeinde Flawil. Das sagen die Parteien.

• **CVP:** Die Bevölkerung brauche «massgeschneiderte Lösungen», welche auf die regionalen Bedürfnisse abgestimmt seien. Einen Verkauf oder die Auslagerung einzelner Spitäler an ex-

terne Anbieter lehnt die CVP ab. Bereits heute bestehe ein Überangebot im stationären Bereich. Eine Abstimmung der Leistungsangebote mit den Nachbarkantonen sei unabdingbar.

• **GLP:** Die Grünliberalen begrüssen den Vorschlag der Regierung, das stationäre Angebot auf vier Standorte zu konzentrieren. Die kleinen Bettenstationen in den Gesundheits- und Notfallzentren seien aber weder wirtschaftlich zu verantworten noch medizinisch sinnvoll umzusetzen. Auch ein Leistungsauftrag für eine regionale 24-Stunden-Notfallversorgung müsse überprüft werden.

• **SVP:** Für sie ist die Sicherstellung der Notfallversorgung in allen Regionen zentral. Der geplante Abbau der medizinischen Leistungen in Wattwil und deren Verschiebung nach Wil sei fragwürdig, schreibt die SVP. Der Standort Wattwil, der bereits ausgebaut sei, müs-

se mehr im Fokus stehen. Zudem soll die interkantonale Zusammenarbeit gestärkt werden, und der Kanton St.Gallen soll proaktiv auf das Fürstentum Liechtenstein und die anderen Kantone zugehen.

• **SP:** Sie lehnt einen Kahlschlag bei den Spitälern ab. Eine regional verankerte stationäre Gesundheitsversorgung sei ein zentraler Teil des Service public. Die verstärkte Konzentration im Zentrumsspital oder in anderen teureren Spitälern führe zu höheren Kosten für den Kanton und damit für die Steuerzahlenden. Wenn fünf öffentliche Spitäler geschlossen würden, wanderten die Patientinnen und Patienten in Privatspitäler oder in öffentliche Spitäler anderer Kantone ab, hält die SP fest. Die geplanten Gesundheits- und Notfallzentren mit drei bis vier Betten seien keine ernst zu nehmende Alternative zu den heutigen Regionalspitälern. Die Gesundheits- und Not-

fallzentren könnten kaum wirtschaftlich betrieben und müssten nach kurzer Zeit aufgelöst werden. «Dann stehen die Regionen ganz ohne Angebot da», schreibt die SP. Das sei inakzeptabel.

• **FDP:** Die Freisinnigen wollen die Standortwahl bei den Gesundheits- und Notfallzentren entpolitisieren und die Finanzierung über die regulären Mittel laufen lassen. Die Standorte der Gesundheits- und Notfallzentren sollen nicht im entsprechenden Kantonsratsbeschluss festgeschrieben werden, sondern der Verwaltungsrat der Spitalverbunde soll ermächtigt werden, diese festzulegen. Die FDP fordert zudem, dass die vier Spitalregionen unter einer Führung zusammengelegt werden. Der Verkauf des Spitals Flawil sei zudem nochmals unter volkswirtschaftlichen Gesichtspunkten seriös zu prüfen, schreibt die FDP in ihrer Vernehmlassungsantwort. (sda/sl)